

Europa vor seiner größten Herausforderung

Wenn ein Jahreswechsel ansteht, schauen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zurück und ziehen Bilanz. Meist wird dies verbunden mit einem Ausblick auf das, was im neuen Jahr anstehen wird. 2015 war für Europa kein gutes Jahr: EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker befand in seiner Rede zur Lage der Union im vergangenen Herbst sogar, die Europäische Union sei aktuell in einem schlechten Zustand. Ein Jahr zuvor war er mit seinem Team gestartet als „Kommission der letzten Chance“. Mit Blick zurück auf das vergangene Jahr versteht man mehr denn je diese Mahnung: Wir stehen in gewisser Weise an einem Scheideweg.

Die Finanzkrise ist noch lange nicht überwunden und Griechenland nicht stabilisiert. Der Konflikt um die Ukraine schwelt vor sich hin und kann jederzeit wieder aufflammen. Überdeckt werden diese Problemfelder von der immens gewachsenen Herausforderung an die Flüchtlingspolitik. Flankierend dazu ist bei Wahlen ein verstärktes Erstarken von rechtsextremistischen und europafeindlichen Parteien zu beobachten. Einige Mitgliedstaaten spielen mit den gemeinsamen europäischen Werten ein gefährliches Spiel oder drohen innenpolitisch motiviert mit einem Austritt aus der Union. Und nicht zuletzt erschüttern uns die Schüsse von Paris, die uns wachrütteln und aufzeigen, dass der Terror längst in der bislang scheinbar heilen Welt Europa angekommen ist.

Zu den Anschlägen in Paris sagten in einer gemeinsamen Erklärung der Präsident und der Generalsekretär der Europa-Union Deutschland, Rainer Wieland MdEP und Christian Moos: „Die Feinde unserer Freiheit, unserer selbstbestimmten Lebensweise, haben in Paris ein schreckliches Blutbad angerichtet. Wir trauern mit unseren französischen Freunden, gedenken der vielen Opfer, sind in Gedanken bei ihren Angehörigen, hoffen für die Verletzten und Schwerverletzten. Frankreich steht nicht allein in diesem



Wenn Rathäuser Trauer tragen, dann hängt normalerweise ein schwarzen Trauerflor an die Fahne der Stadt. Anders ist es in den vergangenen Wochen gewesen, wo weltweit und insbesondere in Europa die Menschen fassungslos zur Kenntnis nehmen mussten, wozu Terroristen in der Lage sind. Mit den Farben der Trikolore Frankreichs wurden und werden Wahrzeichen und Baudenkmäler beleuchtet, um der über 120 Opfer zu gedenken, die bei den Anschlägen vom 13. November in Paris ihr Leben verloren haben, nicht mitgezählt die zahlreichen Verletzten. Auch im Kleinen folgt man der Stimmung: So setzte auch die Gemeinde Fürth im Odenwald mit der Beleuchtung ihres Rathauses ein deutliches Zeichen für Freiheit und Solidarität. Bild: Fürth/Odenwald

Krieg, denn das war ein Angriff auf Europa und die westliche Zivilisation insgesamt. Aber es ist kein Krieg, der nur mit Waffen getragen werden kann. Unsere Freiheit ist das hohe Gut, das es mit aller Entschlossenheit, aber auch mit Besonnenheit zu verteidigen gilt. Unsere schärfsten Waffen gegen den islamischen Fundamentalismus sind unsere Liberalität und unsere Laizität. Beide dürfen wir niemals in Frage stellen.“

Auch wenn sich zwischenzeitlich eine Allianz zur Bekämpfung des IS gebildet hat, so scheinen die Ursachen für Flucht und Vertreibung nicht kurzfristig abwendbar zu sein. Vermutlich kommen auch im neuen Jahr über eine Million Menschen in der Mitte Europas an, um eine neue und friedliche Heimat zu finden.

Europa ist in der Vergangenheit immer dann zusammengedrückt, wenn es von außen bedroht war. Die wesentlichen Integrationschritte wurden zu Zeiten erreicht, als man auf Bedrohungen von außen reagieren wollte. Doch nun ist die EU – eigentlich ganz Europa – von innen heraus bedroht. Es mangelt an Solidarität und Zusammenhalt und es überwie-

gen nationale Interessen das gemeinsame Interesse. Frieden, Freiheit und Wohlstand sind dauerhaft aber nur zu gewährleisten, wenn nationale Egoismen einem europäischen Gesamtinteresse untergeordnet werden. Daher wird es die größte Herausforderung an die Europäer sein, das Gemeinsame zu bewahren und die Gemeinschaft zusammenzuhalten. Als Europäische Föderalisten sind auch wir gefordert: Zeigen wir Flagge, stehen wir für unsere Werte und Visionen ein! ♦

Aus dem Inhalt

Die Niedrigzinspolitik der EZB	2/3
Ein Kommentar von Harald Post	
Europapreise 2015 verliehen	4
Ein neues Zeitalter der Extreme?	5
23. Europäischer Abend in Berlin	
Zeit für eine Europainitiative	6
Bundesausschuss von EUD/JEF	

Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank

Eine Bedrohung „nur“ für Kreditinstitute, Bausparkassen und Versicherungen?

Im Zuge der Finanz-, Staatsschulden- und Eurokrise hat die Europäische Zentralbank (EZB) seit Oktober 2008 den Zinssatz für Refinanzierungsgeschäfte der Institute von 3,75 Prozent auf 0,05 Prozent und den Einlagensatz im gleichen Zeitraum von 3,25 Prozent auf -0,20 Prozent (Stand: 30.10.2015) gesenkt.

Insbesondere im zurückliegenden Jahr betonte die EZB mehrfach, dass sie ihre zinspolitischen Instrumente vor allem mit dem Ziel einer Inflationssteigerung einsetzen wolle und hierzu auch zu noch weitergehenden Maßnahmen bereit sei. Es ist erklärtes Ziel, das Abrutschen des Euro-Raumes in eine Deflation zu verhindern. Diese Geldpolitik hat zu der bis vor kurzem undenkbar Situation geführt, dass zentrale Basiszinssätze wie der 1- und 3-Monats-Euribor mit Negativsätzen notieren und Anlagen, z.B. in Papiere des Bundes, bis zu einer Laufzeit von fünf Jahren negative Renditen abwerfen. Letzteres bedeutet, dass Anleger bereit sind, für die Überlassung von Geld an den Schuldner Bundesrepublik Deutschland keine Verzinsung mehr zu bekommen, sondern Negativrenditen zu akzeptieren. Sie sind deshalb dazu bereit, weil sie sicher sein können, am Fälligkeitstermin ihr Geld auch zurückzuerhalten. Selbst das Ausweichen in längere Laufzeiten ist nur wenig zielführend: Die 10-jährige Bundesanleihe rentierte Ende Oktober 2015 mit 0,50 Prozent.

Ebenso werfen inzwischen Anlagen in sichere Pfandbriefe bis zu einer Laufzeit von vier Jahren negative Renditen ab, Spar- und Termingeldanlagen liegen nur noch geringfügig oberhalb der Nulllinie. Im Gegenzug sind die Konditionen für Kredite deutlich gesunken: Die Bundesbankzeitreihe für Wohnbaufinanzierungen mit einer Laufzeit von fünf bis 10 Jahren weist für August 2015 einen Effektivzinssatz von 1,92 Prozent aus, im August 2011 lag dieser Wert noch bei 4,03 Prozent.

Aus dieser Gesamtlage ergeben sich für Kreditinstitute, Bausparkassen und Versicherungen nie dagewesene Herausforderungen.

Die Bundesbank und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) haben dies zum Anlass genommen, im Sommer 2015 rund 1.500 Kreditinstitute (aus dem öffentlich-rechtlichen und dem genossenschaftlichen Bereich wie auch aus dem Privatbanksektor) nach ihren Planungen und Prognosen für die Jahre 2015 bis 2019 zu befragen.

Hierbei sollten neben den institutseigenen Planungen und Prognosen auch vier von der Aufsicht vorgegebene Szenarien Berücksichtigung finden. Als Ergebnis ist festzuhalten, dass in diesem Zeitraum – im Vergleich zum Jahr 2014 und je nach Szenario – das Ergebnis der Institute vor Steuern zwischen ca. 10 und ca. 75 Prozent zurückgehen wird. Somit sind die Kreditinstitute gezwungen, Maßnahmen zu definieren, mit denen sie den Ertragseinbruch ausgleichen, um weiterhin nachhaltig am Markt bestehen zu können. Dies stellt den Bankensektor vor große Herausforderungen, wenn am Anspruch einer flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen festgehalten werden soll.

Aber ist die Niedrigzins- oder besser Nullzinspolitik der EZB wirklich nur eine Bedrohung für Kreditinstitute, Bausparkassen und Versicherungen? Anhand dreier Beispiele soll dies überprüft werden:

Sparer/Anleger

Eine Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft hat für einen Modellhaushalt mit einem durchschnittlichen Jahresnettoeinkommen von 42.000 Euro und einer Sparquote von 9,4 Prozent die Auswirkungen des Niedrigzinses untersucht. Bei einer ursprünglichen Verzinsung von 3 Prozent, einer Sparleistung von rund 4.000 Euro im Jahr und einem Anlagehorizont von 30 Jahren bedeutet ein Niedrigzinsumfeld mit einem Zins von 0,5 Prozent, dass der Sparer seine Sparrate auf 4.350 Euro p. a. erhöhen muss, um sein Sparziel zu erreichen. Damit geht ein Konsumverzicht in diesem Zeitraum von rund 12.000 Euro ein-



Ein Kommentar von Harald Post
Bild: Sparkasse Memmingen-Lindau-Mindelheim

her. Gerade im Hinblick auf die erforderliche Eigenvorsorge der Bürger für das Alter ergeben sich hier besonders für Menschen, die nur über bescheidene Ersparnisse verfügen, erhebliche Herausforderungen. Dies kann am Ende ein gesamtgesellschaftliches Problem werden. Das gilt umso mehr, wenn laut DSGV-Vermögensbarometer bereits die Hälfte der 14- bis 29-Jährigen in 2014 keine Rücklagen für das Alter (mehr) bilden wollten und dieser Wert seit dem Vermögensbarometer in 2013 um 24 Prozentpunkte (!) gestiegen ist. Die (Zins-)Erträge als zentraler Anreiz für das Sparen erscheinen der jüngeren Bevölkerung nicht mehr ausreichend attraktiv. 41 Prozent aller Befragten erklärten in 2015, dass die Geldpolitik der EZB ihre Hauptsorge bei der Ersparnisbildung sei.

Unternehmen/Pensionszusagen

Nicht nur große DAX-Konzerne, sondern häufig auch Mittelständler haben ihren Mitarbeitern – als dritte Säule der Altersvorsorge – in den vergangenen Jahrzehnten Pensionszusagen gegeben. Das niedrige Zinsniveau lässt nun die Pensionslasten stark steigen. Nach Aussage von Klaus-Peter Naumann, dem Vorstandssprecher des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW), gilt als Faustformel: „Sinkt das Zinsniveau um einen

Prozentpunkt, müssen die Unternehmen ihre Pensionsrückstellungen um 20 Prozent erhöhen." Dabei ist zu beachten, dass für die Bilanzierung der Rückstellungen der durchschnittliche Marktzins der vergangenen sieben Jahre maßgeblich ist, d.h., der Zinsrückgang schlägt sich erst mit zeitlicher Verzögerung in vollem Umfang nieder. Aber schon seit 2008 hat nach einer Berechnung des DIHK alleine der Mittelstand aufgrund der Niedrigzinsen zusätzliche Rückstellungen in Höhe von 1,7 Mrd. Euro bilden müssen, mit der Folge, dass – gesamtwirtschaftlich betrachtet – jedes zehnte Unternehmen wegen dieser Belastungen weniger investiert. Der DIHK zieht das Fazit: „Die steigenden Pensionslasten werden vielerorts zum Hemmschuh für Investitionen.“

Stiftungen

In Deutschland existieren rund 20.000 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts, die sehr häufig kulturelle, wissenschaftliche oder soziale Vorhaben und damit das Gemeinwohl in unserem Land fördern. Daneben bestehen vermutlich noch einmal genauso viele nicht rechtsfähige Stiftungen. Im dargestellten Niedrigzinsumfeld stehen auch diese Stiftungen vor zunehmenden Problemen, denn ihnen ist es untersagt, von der Substanz zu leben und z.B. den Kapitalstock anzugreifen. Somit haben sie derzeit nur die Alternative, entweder mit relativ risikolosen Anlagen kaum noch Zinserträge für ihre Ausschüttungen zu erzielen und/oder bezüglich der Laufzeit ihrer Anlagen neue Horizonte zu erschließen bzw. auch in risikoreichere Anlagen zu investieren. Dies erfordert in vielen Fällen die Neudefinition der vorhandenen Anlagestrategie bzw. des Risikoprofils.

Anhand dieser wenigen Beispiele ist erkennbar, dass die Folgen der Niedrigzinspolitik definitiv über Kreditinstitute, Bausparkassen und Versicherungen hinausgehen. Die Konsequenzen reichen weit in unsere Gesellschaft hinein und können aus heutiger Sicht zwar skizziert, aber noch nicht in vollem Umfang abgebildet werden. Es wäre gesamtgesellschaftlich wünschenswert, dass die Niedrigzinspolitik in absehbarer Zeit ein Ende findet und der Zins als zentrale Steuerungsgröße für die Nutzung von Kapital eine Renaissance erfährt. Doch die Rahmenbedingungen hierfür scheinen aktuell eher schwierig zu sein. Aus

heutiger Sicht ist damit zu rechnen, dass die Niedrigzinsphase (mindestens) noch einige Jahre andauert und Wirtschaft und Gesellschaft vor enorme Herausforderungen stellt.

Harald Post

Der Autor, der in dem nebenstehenden Artikel seine persönliche Meinung vertritt, ist Mitglied des Vorstandes der Sparkasse Memmingen-Lindau-Mindelheim. Seit Juli 2015 ist Post Mitglied des Beirates der Europa-Union Memmingen.

Zur Europa-Union zu gehören ist ein „Upgrading“

Hans-Gert Pöttering feierte seinen 70. Geburtstag

„Wir sind zu unserem Glück vereint“, ist der Titel seiner im vergangenen Jahr erschienenen Autobiografie, in der Hans-Gert Pöttering seinen europäischen Weg beschreibt. Einige Meilensteine markieren seine Stationen in der Europa-Union Deutschland, wo Pöttering von 1981 bis 1991 Landesvorsitzender in Niedersachsen und von 1997 bis 1999 Präsident des Bundesverbandes war. In seinem Buch beschreibt er – ein unvergleichlicher Europa-Optimist – an einer Stelle, wie er nach einem bereits klassischen Start in die Politik seinen Weg zur überparteilichen Europa-Union fand. „Landesvorsitzender der Europa-Union in Niedersachsen zu sein, bedeutete damals – so sah ich es jedenfalls – ein europäisches 'Upgrading'“, kommentiert Pöttering seine damalige aktive Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft sehr idealistischer Personen, die sich zum Ziel gesetzt haben, einen europäischen Bundesstaat zu erschaffen. In seiner Zeit als Präsident der Europa-Union hatte diese gerade eine Kampagne für eine Europäische Verfassung gestartet, die mit ihren europäischen Partnerorganisationen im Rahmen der Union Europäischer Föderalisten genau dies erreichen wollte.

Seit der ersten Direktwahl 1979 war der promovierte Jurist Mitglied des Europäischen Parlaments, in dem er sich insbesondere der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik widmete. Frieden und Abrüstung sind zwei Begriffe, die sich auch sonst wie ein roter Faden durch die vielseitigen Aktivitäten von Hans-Gert Pöttering ziehen. Höhepunkt seiner Laufbahn als Europaparlamentarier waren die zweieinhalb Jahre von 2007 bis 2009, in denen er als Präsident des Europäischen Parlaments



Bild: KAS

dem einzigen Organ der EU vorstand, welches seine Legitimation direkt von den europäischen Bürgerinnen und Bürgern her ableiten kann. Einige wichtige Initiativen sind untrennbar mit seinem Namen verbunden. So war er der Initiator des Europäischen Bürgerpreises, wo es ihm besonders am Herzen lag, jüngere Menschen für ihr europäisches Engagement auszuzeichnen. 2014 schied er aus dem Europäischen Parlament aus. Seit 2009 ist Hans-Gert Pöttering Vorstandsvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, wo eines seiner Hauptaugenmerke auch im Bereich Europa liegt.

Zahlreiche Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland gratulierten ihm im letzten Herbst zu seinem 70. Geburtsjubiläum. Auch die Europa-Union Deutschland hat Hans-Gert Pöttering nicht vergessen und wünscht ihrem ehemaligen Präsidenten alles Gute!

*Heinz-Wilhelm Schaumann
UEF-Vizepräsident und
EUD-Präsidiumsmitglied*

„Wir müssen eine funktionierende Einwanderungs- gesellschaft werden“

Europapreis-Verleihung mit PEN-Präsident Haslinger und Regisseur Nicolas Stemann

Ein beeindruckender Abend wurde es für alle, die zur Verleihung der Europapreise der EUD-Hauptstadtgruppe Europa-Professionell gekommen waren. Das PEN-Zentrum Deutschland wurde für seinen Aufruf für eine humane Asylpolitik in Europa ausgezeichnet. Preisträger in den Kategorien Europäische Jugendarbeit und bürgerschaftliches Engagement waren die EuroPeers und das transnationale Projekt „Die gewollte Donau“. Der Negativpreis Europa-Distel wurde in Abwesenheit der AfD verliehen.

PEN-Präsident Josef Haslinger, der den Preis entgegennahm, zog eine kritische Bilanz der europäischen Flüchtlingspolitik. Die Forderungen des PEN-Zentrums nach legalen Fluchtwegen hätten anders als in Brüssel bei den europäischen Staats- und Regierungschefs kein Gehör gefunden, bedauerte Haslinger. Mit Blick auf die politisch Verantwortlichen in den Mitgliedstaaten sagte Haslinger: „Diejenigen, die von Brüssel eine europäische Flüchtlingspolitik einfordern, seien daran erinnert, dass sie selbst es waren, die diese

verhindert haben.“ Europa gehe nicht unter, wenn es zwei Millionen Flüchtlinge aufnehmen, aber es gehe unter, wenn es die gemeinsamen Grundwerte aufgeben, unterstrich der PEN-Präsident. „Wir müssen

Die Europa-Lilie für bürgerschaftliches Engagement ging an das transnationale Projekt „Die gewollte Donau“. EUD-Präsidiumsmitglied Evelyne Gebhardt MdEP zeigte sich in ihrer Laudatio beeindruckt von dem großen Engagement der Organisatoren. Durch das Projekt würden Menschen im Donauraum persönlich angesprochen und motiviert, sich besser kennenzulernen und aufeinander zuzugehen, lobte Gebhardt. Im Rahmen des Projektes hatten rund sechstausend Menschen aus allen Donauländern in Handarbeit ein 1500 Meter langes wollenes Freundschaftsband geschaffen. An der Aktion beteiligten sich Menschen aller Altersgruppen, sozialer Lagen und Ethnien. Projektkoordinatorin Carmen Stadelhofer, die den Preis stellvertretend für alle Projektpartner entgegennahm, berichtete von den vielfältigen Aktivitäten der Kooperationspartner und unterstrich: „Es ist wichtig, dass wir alle uns für ein geeintes Europa einsetzen“.

Der Negativpreis ging an die AfD. Die Europa-Distel habe sich in diesem Jahr gewandelt, sagte EUD-Generalsekretär Christian Moos in seiner Begründung. „Die Partei, die diesen Preis erhalten sollte, gibt es nicht mehr.“ Die neue AfD sei zu gefährlich, als dass man bei ihr bloß von einem „europapolitischen Faux-Pas“ sprechen könne. „Die neue AfD schürt den Hass und ist eine Gefahr für unser Land“, so Moos. Die Europa-Union sehe die bisherigen Preisträger der Europa-Distel nicht einmal ansatzweise auf einer Ebene mit dieser extremistischen Partei.

Der Abend endete mit einer Rede von Ulrike Guérot vom European Democracy Lab zur Frage „Europa: anders?“. Ausgehend von der These „Europe is broken“ warb sie dafür, das europäische Projekt neu zu denken und stellte ihr Konzept einer Res Publica Europaea vor.

Die Preisverleihung fand auf Einladung von Baden-Württembergs Europaminister Peter Friedrich in der Vertretung des Landes in Berlin statt. ■



Preisträger, Laudatoren und Redner der Europapreis-Verleihung

Bild: EUD

Die Europa-Lilie für die herausragendste europapolitische Leistung ging an das PEN-Zentrum für seinen Aufruf „Schutz in Europa“. Der Appell wurde von mehr als eintausend Autoren europaweit unterstützt und dem Europäischen Parlament sowie den nationalen Regierungen übergeben. Vor dem Hintergrund wachsenden Flüchtlingselektors hatte die Verleihung eine besondere Aktualität. Regisseur Nicolas Stemann, der sich 2014 bei seiner Inszenierung des Stückes „Die Schutzbefohlenen“ von Elfriede Jelinek selbst intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt hatte, schloss sich in seiner Laudatio der Kritik des PEN-Zentrums an der aktuellen Asyl- und Flüchtlingspolitik in der EU an. „Diese Politik kostete zigtausend Menschen das Leben und wird es weiter tun“, sagte Stemann. Die Auszeichnung verstehe er als Ermutigung an Künstler und Intellektuelle, sich zu diesem Thema weiter zu engagieren.

eine funktionierende Einwanderungsgesellschaft werden“, sagte Haslinger.

Die Bundestagsabgeordnete Franziska Brantner hielt die Laudatio für die EuroPeers, die mit der Europa-Lilie für europäische Jugendarbeit ausgezeichnet wurden. EuroPeers informieren andere Jugendliche über EU-Jugendprogramme, an denen sie selbst teilgenommen haben, und motivieren sie so, ebenfalls Erfahrungen in Europa zu sammeln. Brantner lobte das Engagement der jungen Leute für Europa und den europäischen Jugendaustausch. Sie sprach sich dafür aus, ehrenamtliche europäische Arbeit immer auch mit antirassistischer Arbeit zu verknüpfen. „Wir müssen für die EU streiten und für die Grundrechte, auf die wir uns nach Art. 2 berufen“, bekräftigte Brantner. Mit großem Enthusiasmus berichteten Mustafa Eren, Marie Jelenka Kirchner, Eva Nelles und Natascha Schmitt von ihren Aktivitäten und Projekten als EuroPeers.

Ein neues Zeitalter der Extreme?

Europäischer Abend in Berlin zu brandaktuellem Thema

Der 23. Europäische Abend widmete sich neuen und alten Formen von Extremismus, die vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen in Europa neuen Zulauf erhalten. Wie arbeiten die europäischen Staaten bei der Abwehr des Extremismus zusammen? Wie groß sind extremistische Tendenzen in unseren Gesellschaften? Und wie wehrhaft ist Europa angesichts dieser Herausforderung? Antworten darauf gaben Staatssekretär Günter Krings vom Ministerium des Innern, die Autorin und Philosophin Thea Dorn, der Extremismusforscher Peter Neumann, der Bundestagsabgeordnete Hans-Christian Ströbele und der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft Rainer Wendt.

Selten sei die Grundordnung des vereinigten Europas so herausgefordert gewesen wie heute, sagte dbb-Bundesvorsitzender Klaus Dauderstädt in seiner Eröffnung. Wo immer in Europa derzeit Wahlen stattfänden, erzielten rechtspopulistische oder gar rechtsextreme Parteien deutliche Zu-

gewinne. Vor diesem Hintergrund warnte er vor einem weiteren Rückgang der Wahlbeteiligung.

Beim Thema Rechtspopulismus und Rechtsextremismus stellt sich für Thea Dorn die Frage, wie man mit den verschiedenen Gruppen umgeht. Sie unterscheidet unter anderem zwischen dem „radikalisierten Mob“ und der konservativen Rechten, die durch die Jahre der großen Koalition heimatlos geworden sei. Um letztere anzusprechen, müsse von der Politik eine besonnene humane Strenge und Klarheit vermittelt werden. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass Neuankommende für sich eigene Regeln in Anspruch nehmen dürften. Es brauche einen klaren Kurs, der die Werte verteidige.

Peter Neumann vom Kings College in London bekräftigte, dass innerhalb der Gesellschaft einerseits ein klar definierter Wertekanon gelten und durchgesetzt werden müsse. Auf der anderen Seite sei es äußerst wichtig zu betonen, dass diejenigen, die diese Werte verinnerlicht hätten, auch als Deutsche anerkannt würden – und zwar unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem äußeren Erscheinungsbild. Für eine erfolgreiche Integration sei beides gleichermaßen notwendig.

Staatssekretär Günter Krings, der auch stellvertretender Vorsitzender der Europa-Union Parlamentariergruppe im Bundestag ist, berichtete über die Entwicklungen und Formen des politischen Extremismus. Krings sieht bei allen Formen des Extremismus eine starke Vernetzung über Ländergrenzen hinweg. Ein gemeinsames Vorgehen mit den europäischen Partnern sei daher unerlässlich. Im Kampf gegen Radikalisierung komme auch der Prävention eine besondere Rolle zu, sagte Krings und unterstrich die Bedeutung der Zusammenarbeit mit muslimischen Verbänden.

Wie man den Gefahren von Extremismus begegnen kann, debattierten der grüne Bundestagsabgeordnete Hans-Christian

Ströbele und der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft Rainer Wendt. Er sprach sich in diesem Zusammenhang klar für die Vorratsdatenspeicherung aus. Sie sei für die polizeiliche Praxis von großer Relevanz. Ströbele hingegen lehnt das Instrument ab mit dem Argument, dass es sich zu 99 Prozent gegen Nichtverdächtige richte. Angesichts der Flüchtlingssituation in Deutschland forderte Wendt, sowohl die humanitäre Situation der betroffenen Menschen als auch die Situation der Einsatzkräfte zu verbessern. Ströbele positionierte sich klar gegen neue Grenzzäune innerhalb der EU. Die Hoffnung, dass Zäune die Situation verbessern könnten, sei ebenso eine Illusion wie die Aussage, dass Schengen und Dublin Bestand hätten. Es müsse u. a. überlegt werden, wie Menschen von den gefährlichen Fluchtruten nach Europa abgebracht werden können. Ströbele schlug dafür Aufnahmelager beispielsweise in der Türkei vor, in denen Flüchtlinge vor Ort ihr Einreisegesuch stellen könnten. Mit Blick auf Projekte zur Bekämpfung und Prävention von Extremismus forderte Rainer Wendt längere Projektlaufzeiten und eine bessere Evaluierung.

Zum Abschluss des Abends forderte die Vorsitzende der Europa-Union Berlin und Europaabgeordnete Sylvia-Yvonne Kaufmann, sich auf die Unantastbarkeit der Menschenwürde zu besinnen, die sowohl im Grundgesetz als auch in der Europäischen Grundrechtecharta verankert ist. Sie müsse sich als Leitgedanke durch alle Debatten ziehen. „Wenn die Würde des Menschen als antastbar erachtet wird, dann sind wir alle gefordert“, unterstrich Kaufmann und forderte als Gegenentwurf zum Titel des Europäischen Abends, statt eines „Zeitalters der Extreme“ ein „Zeitalter der Humanität“ zu beschreiben.

Der Europäische Abend ist eine Kooperationsveranstaltung von Europa-Union Deutschland, dbb beamtenbund und tarifunion, dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement sowie der EU-Kommissionsvertretung. ■



Dr. Günter Krings MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern
Bild: dbb/Brenner

Zeit für eine Europainitiative Gemeinsamer Bundesausschuss von EUD und JEF positioniert sich zur Flüchtlingspolitik

Die Flüchtlingskrise stand im Fokus des gemeinsamen Bundesausschusses von Europa-Union und Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) am 7. November in Berlin. Die Delegierten stellten einen Forderungskatalog auf, der eine gemeinsame europäische Asylbehörde ebenso umfasst wie die Errichtung humanitärer Zugänge und eine bessere Ausstattung der Vereinten Nationen und ihrer Unterorganisationen zur Finanzierung der Arbeit in den Flüchtlingslagern.

Wichtige und informative Impulse für die Debatte lieferten der CDU-Außenexperte und Bundestagsabgeordnete Roderich Kiesewetter sowie Arne Lietz (SPD), Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments. Lietz berichtete von seinen Besuchen in Flüchtlingslagern im Libanon und in der Türkei. Die Fonds des UNHCRs und des Welternährungsprogramms müssten dringend mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden, unterstrich der Europaabgeordnete. Außerdem hob Lietz die Bedeutung der Ent-

wicklungspolitik in der Bekämpfung der Fluchtursachen hervor und forderte, faire Handelsbedingungen für die „Entwicklungsländer“ zu schaffen.

Für Roderich Kiesewetter zeichnen sich derzeit drei generelle Trends ab: der demographische Wandel in der EU, für den bislang keine Lösungsansätze gefunden seien, dann der Staatszerfall in zahlreichen Ländern und schließlich die hybride Kriegsführung. Vor diesem Hintergrund sei die EU mit den praktischen Herausforderungen konfrontiert, die Flüchtlingskrise zu bewältigen und einen Modus Vivendi mit Russland zu finden. Bei den Anstrengungen für eine Verbesserung der politischen und rechtlichen Situation in den Herkunftsländern der Flüchtlinge wies Kiesewetter auf die Problematik der Konkurrenz in der Entwicklungszusammenarbeit hin. Während europäische Staaten ihre Zahlungen von Verbesserungen im Bereich Menschenrechte, Korruptionsbekämpfung und Good Governance abhängig machten, würden andere Akteure wie China keinerlei Reformbemühungen verlangen.

meinsame Arbeitsgruppe beider Verbände eingerichtet. Verzichtet wurde nach dem mehrheitlichen Willen der Delegierten zunächst auch auf eine Stellungnahme zu den Forderungen der britischen Regierung, da zu dem Zeitpunkt noch keine dezidierte Erklärung von britischer Seite vorlag. Die Verbandsorgane werden sich erneut mit dem Thema befassen.

Die Reform des Europawahlrechts war ebenfalls Gegenstand der Beratungen. Über den Stand der Debatte im Europäischen Parlament informierte EUD-Präsidiumsmitglied Sylvia-Yvonne Kaufmann. Die Europaparlamentarierin stellte Hintergründe und wesentliche Inhalte des Vorschlags der beiden zuständigen EP-Berichtersterter Jo Leinen und Danuta Hübner vor. Das europäische Wahlrecht ist der einzige Bereich, in dem das EU-Parlament ein Initiativrecht besitzt. Der Entwurf der beiden Berichterstatter wurde vom Verfassungsausschuss angenommen. Kaufmann erläuterte die Konfliktpunkte, die einer Einigung im Plenum noch im Wege standen. Die Abstimmung im Plenum erfolgte im November. Der Bundesausschuss begrüßte den Vorstoß des Europäischen Parlaments und kündigte an, den Prozess der Novellierung des Europawahlrechts weiter zu begleiten.

Auch mit der Lage von EUD und JEF haben sich die Tagungsteilnehmer auseinandergesetzt. Sehr großen Zuspruchs erfreute sich das Treffen der AG „Verbandsentwicklung“, die neue Konzepte zur Mitgliederentwicklung und -bindung erarbeiten will, und durch EUD-Vizepräsident Thomas Mann MdEP erste Impulse für die Diskussion im Plenum setzte. EUD-Präsident Rainer Wieland MdEP, EUD-Generalsekretär Christian Moos wie auch der JEF-Bundesvorsitzende David Schrock unterstrichen in ihren Berichten das große Potenzial, das im Bereich der Verbands- und Mitgliederentwicklung sowie der Zusammenarbeit von Europa-Union und JEF liege.

Auch die AG Europäische Wirtschaftspolitik nutzte den Bundesausschuss für ein Arbeitsgruppentreffen. Sie trat im Anschluss an die Gremientagung zusammen, um die künftige inhaltliche Ausrichtung zu besprechen.



Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann informierte über den Stand der Debatte zur Reform des EU-Wahlrechts im Europäischen Parlament. Hier mit dem Sitzungsleiter Tandem Franz J. Klein (M.) und Martin Luckert
Bild:EUD

Zusammenarbeit von EUD und JEF vor Ort stärken

Erste gemeinsame Akademie beider Verbände war ein voller Erfolg

„Das Wochenende hat uns neuen Elan gegeben für weiteres Engagement in den Landes- und Kreisverbänden“, so das einhellige Fazit der über 60 Aktiven von EUD und JEF, die sich Mitte Oktober in Jena trafen, um gemeinsam an den Herausforderungen zu arbeiten, mit denen unsere Verbände konfrontiert sind: Wie Mitglieder gewinnen und binden? Wie arbeiten EUD und JEF am besten zusammen? Wie erreichen wir neue Zielgruppen? Ungewöhnliche Methoden und innovative Formate wie Fish-Bowl-Diskussionen und World Cafés ermöglichten eine ungezwungene Gesprächsatmosphäre und Begegnung auf Augenhöhe. Das sorgte für gute Stimmung, einen lebhaften Erfahrungsaustausch und kreatives „Ideen-Schmieden“.

Diskutiert wurde u.a. über den Mehrwert und den sogenannten Markenkern von Europa-Union und JEF. Die Meinungen zu diesem Punkt gingen weit auseinander. Einig waren sich die Teilnehmer darin, dass die Überparteilichkeit einen wichtigen Teil unseres Markenkerns ausmacht. Konsens bestand auch darüber, dass angesichts des

demographischen Wandels die Zusammenarbeit mit dem Jugendverband vor Ort immer wichtiger werde. Ausführlich wurde die Problematik des Übergangs von Aktiven der JEF in die Europa-Union diskutiert. Die Erschließung neuer Zielgruppen wurde im Rahmen des World Cafés debattiert. Einige Vorschläge zielten darauf ab, die Familienfreundlichkeit von Veranstaltungen und Gremiensitzungen der Europa-Union zu verbessern.

Die Teilnehmer hatten zudem die Wahl zwischen einer Reihe von Workshops, die als konkrete und praxisorientierte Fortbildungen konzipiert waren. Dabei ging es um neue Ideen für Straßenaktionen, Tipps und Tricks für die Moderation von Diskussionen, Strategien für die Gründung von Kreisverbänden und den Aufbau eines Netzwerks von Kommunalpolitikern in der EUD. Praxistipps für die Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Social Media und für die Veranstaltungsbewerbung standen ebenfalls auf dem Programm. Diskutiert wurde auch, wie Beschlüsse von EUD und JEF in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden können.



Interaktiv, partizipativ, kreativ: Gruppenarbeit bei der Verbandsakademie
Bild: Inga Wachsmann

Die Akademie war ein guter Start! „Bitte mehr davon“, war der Wunsch aller Beteiligten. Eines wurde während der beiden Akademietage deutlich: EUD und JEF sind nur gemeinsam stark! ■

No time for business as usual

Die Verbandsentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe von EUD und JEF

Nach dem Kick-off-Treffen der Arbeitsgruppe „Verbandsentwicklung“ des Präsidiums im Sommer folgte im Herbst die Akademie in Jena, bei der sich JEF- und EUD-Aktive gemeinsam dem Thema Mitgliederarbeit und Verbandsentwicklung widmeten. Die Ergebnisse daraus zu konsolidieren, daran weiterzuarbeiten, aber auch die Mitglieder von EUD und JEF in die Prozesse jeweils miteinzubinden, sollte anlässlich des gemeinsamen Bundesausschusses in Berlin erfolgen. Dazu traf sich die zuständige AG im Vorfeld des Bundesausschusses am 7. November zu einer Arbeitssitzung sowie zu einem mitgliederoffenen Workshop.

Der Workshop wurde konstruktiv genutzt, um die aktuellen Herausforderungen von EUD und JEF zu besprechen. Dazu traten

mehr als 20 Mitglieder aus beiden Verbänden in einen wertvollen Erfahrung- und Ideenaustausch. Sie diskutierten Chancen, Schwierigkeiten, Herangehensweisen und Lösungsmöglichkeiten der internen und externen Verbandsentwicklung. Unterstützungs- oder Verbesserungsbedarf gebe es zum Teil bei organisatorischen Fragen (wie zur Satzung oder Finanzierung), bei Kommunikationsthemen auch zwischen „Jungen und Jüngeren“ oder zu attraktiven und zeitgemäßen Veranstaltungsformaten (z.B. mit Kinderbetreuung). Bei der Mitgliederakquise müsse das „Produkt“ der Europa-Union geschärft werden. Nicht zuletzt die demographische Entwicklung laufe einem gewünschten Mitgliederwachstum entgegen. Diesen Herausforderungen wollen EUD und JEF mit neuen Formaten, einem kreativen

Ideenpool und einer persönlicheren Vernetzung untereinander begegnen.

Auch darüber hinaus wollen JEF- und EUD-Mitglieder beim Thema Verbandsentwicklung intensiver zusammenarbeiten. Dazu wird es neben regelmäßigen Telefonkonferenzen der AG „Verbandsentwicklung“ mitgliederoffene Workshops zu den EUD-Gremiensitzungen (Bundesausschuss oder Bundeskongress) geben. Zudem soll der Austausch zwischen den Landes- und Kreisverbänden intensiviert werden. Dabei können interaktive Methoden und neue Formate auf allen Verbandsebenen genutzt werden. Anfragen zum Austausch bestehen bereits aus mehreren Gliederungsverbänden.

Dr. Claudia Conen und Inga Wachsmann

Aus Flüchtlingen werden Zuwanderer

AG „Europäische Wirtschaftspolitik“ fordert Bündnis für Integration

Die wirtschaftlichen Herausforderungen der aktuellen Flüchtlingssituation waren Gegenstand der Arbeitsgruppe „Europäische Wirtschaftspolitik“ (EWP), die am 7. November anlässlich des Bundesausschusses von EUD und JEF in Berlin tagte. EUD- und JEF-Vertreter diskutierten gemeinsam in der mitgliederoffenen Arbeitssitzung über Asyl und Zuwanderung, Voraussetzungen für eine gelungene Integration von Flüchtlingen in Gesellschaft und Arbeitsleben sowie über die Bedürfnisse der Wirtschaft hierbei.

Einig waren sich die Teilnehmer, dass demographische Entwicklungen Zuwanderung erfordern, die ihrerseits dem Fachkräftemangel entgegenwirken könne. Damit würden Mittelstand und Unternehmergeist gestärkt. Von der AG ausgearbeitete Vorschläge zur schnellen Integration von Asylbewerbern und Zuwanderern in den europäischen Arbeitsmarkt wie Integrations- und Sprachkurse wurden ebenso befürwortet wie die Schaffung von Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für jugendliche

Asylbewerber, flexible modulare Weiterbildungen oder die rasche Anerkennung gleichwertiger Abschlüsse.

Von der Politik wird neben der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten vor allem die Schaffung eines Bündnisses für Integration gefordert, das Zivilgesellschaft, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden sowie politischen Interessenvertretern ermöglicht, die Herausforderungen gemeinsam anzugehen.

Dr. Claudia Conen und Thomas Kopsch

Hamburg

Eine EU ohne Großbritannien? We are better together!

Mit gut 100 Teilnehmern bis auf den letzten Platz gefüllt war die Vortragsveranstaltung der Europa-Union in Kooperation mit der Handelskammer Hamburg im Plenarsaal des Hauses zum Thema Auswirkungen eines möglichen „Brexit“ auf Großbritannien und die EU. Der Europaabgeordnete mit schottischen Wurzeln David McAllister fesselte mit seinem kenntnisreichen, informativen und anregenden Vortrag die Besucher.

Ohne das Vereinigte Königreich wäre die Geschichte Europas und Deutschlands im 20. Jahrhundert anders ausgefallen, so der ehemalige Ministerpräsident Niedersachsens mit doppelter Staatsbürgerschaft. „Die Denkweise von Europa ist auf beiden Seiten eine fundamental andere. Deshalb wird oft aneinander vorbeigeredet“, so McAllister. So sei die treibende Kraft der Briten in Bezug auf die EU von Pragmatismus geprägt und stark auf den Freihandel fokussiert. David Cameron würde mit dem angekündigten Referendum ein zentrales Wahlversprechen umsetzen. Ein genauer Termin stehe noch nicht fest: „Ich tippe auf einen Referendums-Termin Ende 2016“, so der Europaabgeordnete. Am 1. Juli 2017 soll Großbritannien die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen. Bis dahin muss feststehen: „GB leaves or remains in the EU“.



Deutscher Europaparlamentarier mit doppelter Staatsbürgerschaft: David McAllister
Bild: EP-Büro McAllister

„Es steht sehr viel auf dem Spiel für das Vereinigte Königreich“, gab der Großbritannien-Kenner und gut vernetzte Christdemokrat zu bedenken. Die Briten seien auf den Binnenmarkt angewiesen. Neuesten Umfragen zufolge wünsche sich jeder zweite Brite, dass sein Land die EU verlässt. Das wäre jedoch sehr teuer für Großbritannien und ein großer Verlust für die EU. Allein 35 Prozent der Finanzgeschäfte in der EU werden aktuell in Großbritannien abgewickelt. Klar sei, dass die vielen Beschäftigten der Banken und Versicherungen in London für einen Verbleib in der EU seien. Dennoch bestünde die Gefahr eines „accidental Exit“. Was die pro-europäischen Schotten anbelangt, so könnte sich Schottland nach einem Brexit von Großbritannien abspalten.

David Cameron und viele Briten wünschten sich ein flexibleres Europa. Sie hätten keine Probleme damit, wenn die Eurogruppe der Mitgliedstaaten eine Vertiefung der Euro-Zone anstreben würde.

David McAllister appellierte an die pro-europäischen Kräfte Großbritanniens, die Bewohner des Vereinigten Königreichs für den Verbleib in

der EU zu mobilisieren: „Say no to Brexit, say yes to remain. We are better together!“

Neuer Hamburger Landesvorstand

Sabine Steppat ist mit überwältigender Mehrheit als Landesvorsitzende der Europa-Union Hamburg wiedergewählt worden. Die Mitgliederversammlung des Hamburger Landesverbandes wählte als stellvertretende Vorsitzende Dr. Roland Heintze, Dr. Michael Osterburg und Lars Becker. „In einer Zeit, in der die Europäische Union die größte humanitäre Krise ihrer Bestehens zu bewältigen hat, ist unsere Aufgabe wichtiger denn je“, so Sabine Steppat. Sie und ihr Verband stimmen mit der Einschätzung von EU-Kommissionspräsident Juncker voll überein: „Es fehlt an Europa, und es fehlt an Union.“

Verantwortlich: Bettina Thöring



Der neue Landesvorstand: (v.l.n.r.) Robert Bläsing, Vorsitzende Sabine Steppat, Dr. Roland Willner, Henriette Hintelmann, Julien Motschieder, Lars Becker, Dr. Roland Heintze, Philip Koch. Nicht auf dem Foto: Dr. Michael Osterburg und Schatzmeister Dr. Sven Tode
Bild: Bettina Thöring

Rheinland-Pfalz

Landesfest mit Europa

Wie wirkt sich die europäische Integration im Alltag der Bürgerinnen und Bürger aus? Diese Frage stand im Mittelpunkt einer großen Informationsaktion während des diesjährigen RLP-Tages in Ramstein-Miesenbach. Für die zahlreichen Besucherinnen und Besucher konnte die Europa-Union in Kooperation mit der Staatskanzlei und mit Unterstützung der JEF ein abwechslungsreiches Informationsangebot vorbereiten. An drei Tagen konnten in persönlichen Gesprächen die verschiedenen Bereiche der europäischen Politik diskutiert und durch Informationsmaterialien dargestellt werden. Auch das schwer verständliche Europa in Themen wie Subsidiaritätsprinzip, EU-Erweiterung und Binnenmarkt wurde den Interessierten nähergebracht. Schwerpunktartig versuchte man herauszustellen, welche Rechte die Menschen dank ihres Status als EU-Bürger automatisch genießen.

Immer wieder kamen die Sorgen um die Gemeinschaftswährung und um die aktuellen Konflikte an den EU-Außengrenzen zur Sprache. Aus Erfahrungen der Veranstaltungsreihe „Europa vor Ort“ berichteten die Mitarbeiterinnen der Staatskanzlei über erfolgreiche EU-Projekte in RLP, um zu verdeutlichen, wie vielfältig und greifbar nah die europäische Politik sein kann. Viele weitere Aktionen boten Kindern und Jugendlichen einen spielerischen Zugang zu EU-Themen. Die mutigsten konnten an der Europa-Pyramide den EU-Gipfel erklettern.

Worms

In Zypern unterwegs

Im Rahmen seiner jüngsten Studienfahrt nach Zypern besuchte der Kreisverband sowohl den türkisch besetzten Nordteil der Insel wie auch die eigenständige Republik Zypern. Auf dem Programm standen Ausflüge ins Troodos Gebirge und in zerklüftete Küstenabschnitte mit Traumkulissen. Die Geschichte der Insel erlebte die Reisegruppe unter Leitung des Vorsitzenden Dr. Jörg Koch in Museen und Klöstern, bei Besichtigung der Ruinen des antiken Königsreich von Salamis oder bei Betrachtung römischer Fußbodenmosaik in



Mit Fragen zu den Organen der EU und rund um das Thema „EU in RLP“ setzten sich Jung und Alt beim Europa-Quiz am Infostand auseinander. Das Wissen wurde mit attraktiven Preisen belohnt. Bild: Anna Schneider

der Provinzstadt Paphos. Zu den weiteren Höhepunkten der Studienfahrt, an der auch die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld teilnahm, gehörten eine Weinprobe mit Spezialitäten der zypriotischen Bauernküche und ein Gespräch mit George Perdikes, dem Vorsitzenden der Grünen Partei Zyperns, der die aktuelle politische Lage erläuterte.

Mayen-Koblenz

Mit Kritik und Skepsis gegenüber TTIP

Staatsministerin Ulrike Höfken sprach über die Auswirkungen von TTIP auf Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz. Die Idee, einen öffentlichen, mit Berufsrichtern besetzten Investitionsgerichtshof an die Stelle geheim tagender, praktisch privater Schiedsgerichte treten zu lassen, soll laut Höfken den Kritikern den Wind aus den Segeln nehmen. Jedoch sei es noch offen, ob sich die Amerikaner auf die Idee eines so veränderten Schiedsgerichtsverfahrens einlassen werden. Ein internationaler Handelsgerichtshof mit allgemein anerkannten, bindenden Vorschriften und Verfahren ist leider noch Zukunftsmusik – deshalb plädierte die Ministerin dafür, auf derartige Schiedsgerichte eher gänzlich zu verzichten, da beide Seiten, die USA wie Europa, über hochentwickelte gerichtliche Instanzen und Verfahren verfügen, die den Investoren hinreichend Schutz bieten können vor unzulässigen Eingriffen durch staatliche Regulierungen.

Offen blieben darüber hinaus Fragen wie: Was wird aus den europäischen Standards bei Ernährung, Verbraucherschutz oder bei den Arbeitnehmerrechten? Wird es parlamentarische Mitwirkungsrechte geben? Der erwartete wirtschaftliche Aufschwung durch TTIP liege, so Höfgen, eher im einstelligen Prozentbereich, gleiches gelte für die Entwicklung der Beschäftigung. Sie rechnet – auch angesichts des gewachsenen Widerstands in der Öffentlichkeit – nicht damit, dass das Abkommen noch in 2016 geschlossen wird.

Verantwortlich: Anna Schneider



Nordrhein-Westfalen

Zurück in die Zukunft?!

Noch unter dem Eindruck der vorangegangenen „Nacht von Paris“ kamen Delegierte und Gäste der Europa-Union NRW in Köln zusammen. Zu Vortrag und Diskussion unter dem Titel „Europa in der Diskussion – Zurück in die Zukunft?!“ war der Europaabgeordnete und UEF-Präsident Elmar Brok angereist und hatte gleich auch noch den bulgarischen Parlamentskollegen Dr. Andrey Kovatchev auf das Podium mitgebracht. In seinem Beitrag machte er unter anderem deutlich, dass es bei den aktuellen Terrorattacken nicht um einen Konflikt zwischen Muslimen und der westlichen Welt geht.



UEF-Präsident Elmar Brok MdEP

Auf die Probleme und Aussichten der Zukunft Europas bei einem möglichen Ausstieg von Staaten wie Griechenland oder Großbritannien, also einem „Grexit“ oder „Brexite“, gingen Prof. Dr. Ansgar Belke und Dr. Sigrid Frettlöh in der nachfolgenden Diskussionsrunde ein, die von Prof. Dr. Wolfgang Wessels moderiert wurde.

„Von Europa überzeugen – Mitglieder gewinnen“

... so brachte es der Landesvorsitzende der JEF, Markus Thürmann, in seinem Grußwort vor der Landesversammlung auf den Punkt. Ebenso wie der JEF-Bundesvorsitzende David Schrock rief er alle Mitglieder der Europa-Union dazu auf, sich in ihrem persönlichen Umfeld als überzeugte Europäer zu erkennen zu geben und Fami-

lie, Freunde und Bekannte als Mitglieder zu gewinnen. In ihren Berichten blickten sowohl der Landesvorsitzende, Staatsminister a.D. Wolfram Kuschke, als auch die Landesgeschäftsführerin Kirsten Eink auf ein ereignisreiches Jahr zurück. Viele Maßnahmen seien weit fortgeschritten oder abgeschlossen worden, mit denen der Landesverband für die Zukunft gut aufgestellt sei. „Wir sind in diesem Jahr in NRW wieder ein Stück mehr DIE Organisation geworden, die Ansprechpartner für Europa-Interessierte, Verbände und Institutionen ist. Damit können wir selbstbewusst auftreten“, ermutigte der Landesvorsitzende die Delegierten. Vor allem in den Bereichen Sport, Schule und kommunale Zusammenarbeit, zum Beispiel hinsichtlich der Städtepartnerschaften, gäbe es schon viele Projekte und weitere Ansätze, um die Aktivitäten in Zusammenarbeit der Europa-Union-Gliederungen mit anderen Akteuren zu vertiefen.

Landesversammlung beschließt neue Beitragsordnung

Mit einer Schweigeminute gedachten die Delegierten der im letzten Jahr verstorbenen Mitglieder, darunter auch des Vorsitzenden des Verbandes Märkischer Kreis, Dr. Adalbert Düllmann, sowie des Landesschatzmeisters Martin Kersting. In der notwendig gewordenen Nachwahl wählten die Delegierten Manfred P. Klein aus Monheim zum neuen

Schatzmeister. Als einziger Antrag wurde im Anschluss die neue Beitragsordnung der Europa-Union NRW verabschiedet. Nach ausführlicher Diskussion sprach sich eine deutliche Mehrheit für die neue Regelung aus, die hauptsächlich eine strukturelle Anpassung an die seit 2014 geltende Beitragsordnung des Bundesverbandes beinhaltet. So zahlen neue Mitglieder ab 2016 einen Mindestbeitrag von 4 Euro pro Monat. Von den Beiträgen wird vom Landesverband statt eines Festbetrages zukünftig ein fester Prozentsatz vom Mindestbeitrag erhoben. Für Mitglieder mit normalem Beitragssatz verbleibt so unter dem Strich mehr Geld beim Verband vor Ort. Eine Unterscheidung in Mitglieder mit vollem und mit ermäßigtem Beitrag macht der Landesverband zukünftig nicht mehr und passt sich damit der Regelung des Bundesverbandes an. Nur für Mitglieder bis zum 35. Lebensjahr, die dann auch der JEF angehören, gilt zukünftig der ermäßigte Beitrag von 2 Euro monatlich.

Slowakische Botschafterin in Geilenkirchen

Auf Einladung des Stadtverbandes der Europa-Union besuchte die stellv. Botschafterin der Slowakischen Republik, Dr. Viera Polakovicová, Geilenkirchen und trug sich in das Goldene Buch der Stadt ein. Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Wassenberg kündigte an, dass die Reihe der Länderpräsentationen wiederbelebt werden solle. Schon im nächsten Jahr soll die

Slowakische Republik mit einer ganzen Reihe von Veranstaltungen einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden. Der slowakische Botschafter in Berlin hat hierfür die Schirmherrschaft zugesagt. Ebenfalls als Teil des Programms wird eine Studienreise nach Bratislava und Umgebung angeboten.



Die Landesversammlung der Europa-Union Nordrhein-Westfalen in Köln

Beide Bilder: EUD NRW

Verantwortlich:
Kirsten Eink

Meckl.-Vorpommern

25 Jahre Europa-Union in Mecklenburg-Vor- pommern

Ende 1989 begann in Neubrandenburg der europäische Gedanke konkrete Form anzunehmen. Auf Initiative des ersten EUD-Mitglieds auf dem Gebiet der DDR, Dr. Alexander Greifeld, bildete sich ein Arbeitskreis der Europa-Union. Die Gründung des ersten Kreisverbandes erfolgte dann am 11. April 1990 in Anwesenheit von Europa-Freunden aus Hamburg, Flensburg und von der Dänischen Europabewegung in Neubrandenburg. Der Landesverband konstituierte sich am 22. Mai 1990. Noch im selben Jahr folgte die Gründung weiterer Kreisverbände auf Rügen, in Rostock und Wismar. Über ABM-Stellen und mit Mitteln aus dem „Aufschwung Ost“ konnte 1991 eine Geschäftsstelle eingerichtet werden, die bis heute eine wesentliche Grundlage für die Realisierung von europapolitischen und -bildenden Aktivitäten der Europa-Union darstellt.

Auf der 26. Landesversammlung ließ man den Gründungsprozess Revue passieren und erinnerte sich vieler Europa-Freunde, die mit Rat und Tat die Europa-Union unterstützt haben. Die Vorstandswahlen trugen zu einer Verjüngungskur bei, v. a. durch die neuen Vorsitzenden der Kreisverbände Mecklenburgische

Seenplatte und Rostock, Michael Stieber und Frederic Werner. Mit Jannina Zanner wurde im Oktober auch die Stelle der Geschäftsführerin neu besetzt. Dies sind gute Voraussetzungen, um auf den „Baustellen“ – Gründung eines JEF-Landesverbandes und Bildung eines weiteren Kreisverbandes im Osten unseres Bundeslandes – erfolgreich voranzukommen.

Collegno zu Gast in Neubrandenburg

Das 50-jährige Bestehen der Städtepartnerschaft zwischen der Stadt Collegno nahe Turin und Neubrandenburg bot Anlass, eine Delegation von Bürgermeister Francesco Casciano und Stadtpräsident Franco Tenivellaer in der Viertorestadt willkommen zu heißen. Kreisvorsitzender Michael Stieber begrüßte im Kreativhaus Arche N die italienischen Gäste und schlug eine Intensivierung der Zusammenarbeit vor: „Wir freuen uns über den Besuch der Spitzen von Politik und Verwaltung. Gelebt wird eine Partnerschaft aber von den Bürgern. Hier sehen wir unseren Part und möchten unseren Beitrag leisten, um Begegnungen und Austausch zu ermöglichen.“ Casciano begrüßte diesen Vorschlag und betonte die Bedeutsamkeit der politischen und kulturellen Vernetzung für ein geeintes Europa. Der Kreisverband möchte in Zukunft mit seiner Partnerstadt gemeinsame Veranstaltungen und Projekte initiieren. Die für den kommenden Spätsommer geplante Bildungsreise ins Tessin bietet die erste Gelegenheit für einen Gegenbesuch.

Luxemburg zu Gast in Rostock

Am 20. Oktober empfingen das ELZ Rostock und der Kreisverband Rostock den Botschafter des Großherzogtums Luxemburg, Georges Santer, im Haus Europa. Damit konnte die erfolgreiche Reihe fortgesetzt werden, regelmäßig den Botschafter des Landes mit der aktuellen EU-Ratspräsidentschaft zu einem Gespräch in die Hansestadt einzuladen. Die Teilnehmer folgten mit Interesse den Ausführungen des Botschafters, der zunächst in beeindruckender Weise die Geschichte Luxemburgs referierte und dessen Brückenfunktion für den europäischen Prozess hervorhob. Georges Santer unterstrich die unbedingte Notwendigkeit einer explizit europäischen Asyl- und Migrationspolitik. Nur durch das gemeinsame Handeln aller Mitgliedstaaten der EU und einen koordinierten Informationsaustausch seien Krisen wie diese zu bewältigen. Der Botschafter warnte vor nationalistischen Tendenzen und betonte in diesem Zusammenhang die Einmaligkeit des Friedensprojekts Europa, das keinesfalls aufs Spiel gesetzt werden dürfe.

Europa nur zu Gast in Schwerin?

Schwerin ist Landeshauptstadt, wenn auch die kleinste in einem sog. strukturschwachen Bundesland. Es gibt hier u.a. eine Landesregierung, die für den Europagedanken wirbt, einen Landtag mit einem Europaausschuss und mindestens zwei Europaabgeordnete mit Büro. Und dennoch hat die Europa-Union hier im Kreisverband gerade einmal 21 Mitglieder. Woran liegt das? Ist Europa in Schwerin nicht angekommen oder nur die Europa-Union nicht? Wir lassen uns von den Europaabgeordneten unseres Bundeslandes Grundsätzliches und Aktuelles berichten und werden versuchen, die Flüchtlingsproblematik als ein europäisches Thema zu präsentieren und diskutieren. Jetzt fehlen uns nur noch jene, für welche Europa ein gutes Stück Normalität ist. Damit aus dem Lamento ein Aufruf wird: Herzlich Willkommen, Europa-Freunde!



(v.l.n.r.) Michael Stieber, Gerlinde Brauer-Lübs (Arche N), Franco Tenivellaer, Irina Parlow (Stadtpräsidentin Neubrandenburg), Jürgen Lippold (Landesvorsitzender Europa-Union), Silvio Witt (OB Neubrandenburg), Francesco Casciano und weitere Mitglieder des neuen Landesvorstandes
Bild: SKBZ NB

Verantwortlich: Jannina Zanner

Hessen

Zwischen Juncker-Plan und Flüchtlingspolitik

Beim Herbstseminar der Europa Union Hessen in Bad Marienberg debattierten die Mitglieder über den 315-Milliarden-Investitionsplan der EU-Kommission (Juncker-Plan), den möglichen Ausstieg Großbritanniens aus der EU (Brexit), die Bilanz des EP – ein Jahr nach der Wahl – sowie die aktuelle Flüchtlingspolitik und weitere Themen.

Hildegard Klär, stellvertretende Landesvorsitzende, und Bruno Bengel, Leiter der Europäischen Akademie Hessen, eröffneten die Veranstaltung. Das erste Themenfeld war ein Internetkonzept für Europa, das von Andreas May, Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes, präsentiert wurde. Er ging auf vielfältige Ausgestaltungen der Internetpräsenz auf Homepage und Facebook ein, ebenso auf best-practices von Privatpersonen und Verbänden. Der Landesverband hat die Absicht, die Kreisverbände darin zu unterstützen, dass Online-Auftritte einfacher und effektiver gestaltet werden.

Am zweiten Seminartag stellte Landesvorsitzender Thomas Mann MdEP die Investitionsoffensive der EU-Kommission für Europa vor. Der europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI) soll innerhalb von drei Jahren für Investitionen von mindestens 315 Mrd. Euro sorgen. Durch eine EU-Garantie von 16 Mrd. Euro und 5 Mrd. Euro durch die Europäische Investitionsbank (EIB) sollen Risiken abgesichert werden, um dazu beizutragen, dass sich öffentliche und private Investoren betätigen. Die erhebliche Investitionslücke in der EU soll geschlossen und strukturelle Reformen realisiert werden. Mehr und qualitativ bessere Arbeitsplätze sollen entstehen. Unabhängige Experten der EIB bewerten Projektanfragen aus den Bereichen Verkehr, Umwelt, Energie, Forschung, Digitalisierung sowie allgemeine und berufliche Bildung.

Den Nachmittag gestaltete Dr. Otto Schmuck, Präsidiumsmitglied der Europa-Union Deutschland, mit einem Vortrag zum „Neustart für Europa“. Er befasste sich mit der künftigen institutionellen und vertraglichen Ausgestaltung der EU. Dabei spielte die Debatte um einen möglichen Austritt Großbritanniens eine besondere Rolle. In Work-

shops wurden kontroverse Standpunkte erörtert. Eine klare Mehrheit der Teilnehmer entschied sich für Verhandlungs- und Kompromissbereitschaft gegenüber den Briten. Einige Forderungen aus London sollten konstruktiv aufgegriffen werden, jedoch nur bei Bewahrung des erreichten Besitzstandes und der Forderung, sich notwendige Weiterentwicklungen nicht verbauen zu lassen.

Am letzten Seminartag startete Thomas Mann mit einem Referat über das Europäische Parlament ein Jahr nach der Wahl. Er schilderte die destruktive Politik von Links- und Rechtsradikalen und die umso wichtigere Kooperation der demokratischen Kräfte, um die europäische Gemeinsamkeit zu sichern. In Workshops behandelten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Absichtserklärungen und konkrete Maßnahmen zur Flüchtlingshilfe. Dazu wurden einige bedeutsame Reden analysiert: von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zur Lage der Union, von Angela Merkel und François Hollande – gemeinsam im Europäischen Parlament in Straßburg – sowie von Bundespräsident Joachim Gauck in der Alten Oper Frankfurt zum 25. Jahrestag der deutschen Wiederverei-



Gruppenbild zum traditionellen Herbstseminar in Bad Marienberg

Bild: EUD Hessen

nigung. Ebenso wurden Beschlüsse der Deutschen Bundesregierung und der Kompromiss zwischen Bund und Ländern zur Bewältigung der Flüchtlingskrise herangezogen.

Zum Abschluss stellte Heinz-Wilhelm Schaumann, Präsidiumsmitglied der EUD, die Zielgruppenarbeit mit kommunalen Verantwortlichen vor. Sie ist ein wichtiges Element der notwendigen Weiterentwicklung unserer Verbandsarbeit in der Europa Union.

Diese Wochenendtagung hat viele Beiträge dafür geleistet, dass europäische Themen den Bürgerinnen und Bürgern nähergebracht werden können – durch mehr Verständlichkeit, qualifiziertere Informationen und kontroverse Debatten.

Verantwortlich: Thomas Mann



Die Bürgerdialogreihe der Europa-Union
Deutschland und ihrer Partner zum
Transatlantischen Freihandelsabkommen

Diskutieren Sie mit!

Vor Ort:

21. Januar: Saarbrücken,
Handwerkskammer, 18.30 Uhr

Im Netz:

www.ttip-buergerdialoge.de

Auf Facebook:

www.facebook.com/TTIPBuergerdialoge

Auf Twitter:

@TTIP_dialog #TTIP_dialog

Baden-Württemberg

Bei Parteien für die Europa-Union werben

Mit einem Infostand auf dem Landesdelegiertentag von Bündnis90/Die Grünen in Pforzheim setzten Europa-Union und JEF ihre Reihe auf den Parteitagen fort. Bei seinem Besuch am Stand ermutigte Ministerpräsident Winfried Kretschmann die Europa-Union, weiterhin so aktiv für Europa zu arbeiten. Zahlreiche Abgeordnete und Mandatsträger aus den Reihen der Grünen, die wie der Ministerpräsident Mitglied der Europa-Union sind, besuchten den Infostand. Die Jungen Europäer/JEF waren ebenfalls beim Landestag der Jungen Union mit einem Stand zu Gast.

Trauer um Siegfried Pötschke

Die Europa-Union trauert um Siegfried Pötschke. Als Schulleiter, Lehrer und Vorsitzender im Ehrenamt war er stets am Puls der Zeit, um Strömungen aufzunehmen und entscheidend positiv zu lenken. Sein Einsatz für den Aufbau – verbunden mit dem langjährigen Vorsitz – des Ortsverbandes Albgau seit seiner Gründung im Jahr 1987 bis 2011 war enorm. Der Ortsverband verlieh ihm für seine Verdienste den Ehrenvorsitz. Die Europa-Union Baden-Württemberg wird ihn in dankbarer Erinnerung behalten.

Rems-Murr

Partnerstädte

Vertreter der vier Partnerstädte Murrhardt, Château-Gontier, Frome und Rabka-Zdroj diskutierten bei einem Netzwerktreffen zum Thema „Leben und Arbeiten in Europa“ aktuelle wirtschaftspolitische Fragen. Kreisvorsitzender Markus Götz war als Impulsgeber und Referent der Abschlusskonferenz in Murrhardt gefragt. Im Rahmen des Treffens fand ein intensiver Austausch über Wirtschaftsförderung, duale Berufsausbildung, erneuerbare Energien und anderes mehr statt. Die Partnerstädte beschlossen, eine gemeinsame Internetplattform

zur Vermittlung von Praktika einzurichten. Götz zeigte sich erfreut, dass somit die Partnerschaftsarbeit neue konkrete Akzente erhält.

Stuttgart/Böblingen EZB besucht

Eine Informationsfahrt führte die Kreisverbände Stuttgart und Böblingen zur Europäischen Zentralbank (EZB) nach Frankfurt/Main. Das erst im Jahr 2015 bezogene neue Hauptquartier der EZB beeindruckte mit seiner Verbindung aus historischer Bausubstanz der früheren Großmarkthalle und neuer moderner Architektur. Dr. Arne Gieseck, Analyst und Volkswirt, führte in den Aufbau und die Aufgaben des Euro-Systems ein und gab Einblicke in die Arbeit der EZB. Zudem gab er Auskunft über die aktuelle Geldpolitik der EZB und erläuterte die Entscheidungen zur Zinspolitik und zum Aufkauf von Staatspapieren auf dem Sekundärmarkt. Dank zahlreicher Rückfragen entspann sich eine interessante Diskussion. Die Gruppe aus Böblingen hatte danach noch Gelegenheit zu einer Stadtführung im Frankfurter Bankenviertel.

Rhein-Neckar Polen

Auf Einladung der Europa-Union und der VHS Schwetzingen referierte Professor Kazimierz Woycicki (Warschau) über die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen. Er betonte, dass in den letzten Jahrzehnten diese äußerst glücklich gewesen seien und schlug einen Bogen von der frühen Geschichte, über das 18. und 19. Jahrhundert bis hin zum 2. Weltkrieg und die Nachkriegszeit. Dabei bezog er auch die Geschichte von Weißrussland, der Ukraine und Litauen mit ein.

Achern Info-Tafeln

Der Ortsverband nahm die Jahrestage zur Erinnerung an den Beginn und das Ende der beiden Weltkriege zum Anlass, mit einer aus sechs „Info-Tafeln“ bestehenden, verbindlich formulierten Gedankenkette auf das Thema „Krieg und Frieden“ aufmerksam zu machen. Das Werk konnte auf Initiative der Stadtverwaltung Achern und des EUD-Ortsverbandes, Hans-Peter

Vollet und Jürgen Klemm, mit der kompetenten grafischen Umsetzung von Markus Tisch vollendet werden. Dabei nutzte der Ortsverband die Vorlagen des Bundesverbandes für sein Projekt.

Göppingen Flüchtlingspolitik

Der Kreisverband forderte im Rahmen seiner Mitgliederversammlung eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik. Vorsitzender Daniel Frey sprach sich dafür aus, den europäischen Gedanken nicht nationalen Interessen unterzuordnen. Im zweiten Teil der Versammlung berichtete der Vorsitzende des Vereins Europabaum e.V. Donzdorf, Rudi Mehn, über den im Sommer stattgefundenen Jugendaustausch mit rund 60 Jugendlichen aus Riorges (Frankreich), Calasparra (Spanien), Neusalza-Spremberg (Sachsen) und Donzdorf.

Karlsruhe Europäischer Abend

Der diesjährige Europäische Abend in der Karlsburg in Durlach wurde von den Musikern Yulya Lonskaya und Antoine Cottinet mit einem eigens für Oboe und Gitarre geschriebenen Programm gestaltet. Das Duo führte musikalisch durch Europa entlang seiner Flüsse und Küsten. Die Organisatorin des Abends, Johanna Kirsch, Mitglied im Kreisvorstand, konnte sich über eine sehr positive Resonanz freuen.

Junge Europäer/JEF Rumänien

Im Rahmen des Projektes „Demokratisierungsprozesse in Ost- und Südosteuropa“ begab sich eine Delegation der Jungen Europäer/JEF auf eine Jugendbegegnungsreise nach Rumänien. In Bukarest standen unter anderem Gespräche mit dem Staatssekretär für Jugend und Sport, mit Abgeordneten im Parlament und im Senat sowie in der deutschen Botschaft und der Vertretung der Kommission auf dem Programm. Daneben konnten sich die Teilnehmer bei Begegnungen mit Studierendenorganisationen und anderen Nicht-Regierungsorganisationen ein Bild von der aktuellen Lage der Jugendlichen in Rumänien machen.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg

Niedersachsen

Europa – unsere Chance!

Flüchtlingskrise, der Konflikt in der Ukraine, Staats- und Schuldenkrisen – die Herausforderungen für Europa und die Europäische Union waren selten so groß wie jetzt. „Europa – unsere Chance“, das Motto der Landesversammlung der niedersächsischen Europa-Union am 10. Oktober im Altstadtrathaus zu Braunschweig, klingt angesichts dieser Entwicklungen fast wie Zynismus. Dennoch zeigten die Vorträge, Beratungen und Resolutionen, dass gerade in Zeiten schwerster Krisen einzig supranationale Zusammenarbeit, europäische Solidarität und ein gemeinsames Vorgehen der EU-Staaten eine Lösung der Konflikte und Probleme ermöglichen kann. „Europa – unsere Chance“ erscheint daher als Leitspruch so aktuell und wichtig wie nie.

Als Reaktion auf die derzeitigen Krisen und Umbrüche wurde eine von den Europäischen Föderalisten Oldenburg eingebrachte Resolution zur aktuellen Politik von der Landesversammlung einstimmig angenommen. Sie besagt, dass zur Bewältigung der Krisen „mehr Europa erforderlich ist – mit Konsequenzen für das politische und das institutionelle System“. Frieden stiftende Initiativen verlangten längst nach einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU und einer vertrauensvollen europäischen Sicherheitspartnerschaft mit allen Nachbarstaaten und Verbündeten. „Zudem erfordern universelle Herausforderungen wie Klimawandel,



Gastreferent auf der Landesversammlung: Bernd Lange MdEP
Bild: Melanie Thiem



Der neue Landesvorstand: (v.l.n.r.) Melanie Thiem, Cord Wilhelm Kiel, Gerhard Thiel, Marcus Oberstedt, Dr. Alexander Börger, Reinhard Burdinski, Wolfgang Zapfe, Anke Fink-Heinemann, Harm Adam und Verbandssekretärin Mercedes Exler
Bild: EUD Niedersachsen

Umweltkatastrophen, Hungersnöte, Fluchtbewegungen zukunftsweisende Konzepte und Kooperationen auch der Mitgliedstaaten der EU als Gemeinschaft“, heißt es in der Resolution weiter.

„Unsere Zukunft ist nicht ein Europa der Nationalstaaten, sondern eine handlungsfähige Gemeinschaft gleichberechtigter Staaten in Frieden, Freiheit, Demokratie, Recht und Solidarität“, bekräftigten die Delegierten des Landesverbandes ebenso wie Festredner Bernd Lange MdEP, der in der Flüchtlingskrise ebenfalls die zentrale Herausforderung für Europa sieht. Zustimmung fanden auch seine Worte, dass endlich an einer Lösung der Probleme in den Herkunftsländern gearbeitet werden müsse und es nicht nur bei wohlgemeinten, aber letztlich hohlen Phrasen der handelnden Politikerinnen und Politiker bleiben dürfe.

Neuer Landesvorstand

Bewährte, aber auch neue Gesichter zeigt der neu gewählte Vorstand der Europa-Union Niedersachsen. Auf der Landesversammlung am 10. Oktober in Braunschweig wurde Landesvorsitzender Wolfgang Zapfe (Vechta) einstimmig in seinem Amt bestätigt. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Harm Adam (Göttingen) und Reinhard Burdinski (Hameln) wiedergewählt. Neuer „Stellvertreter“ ist Gerhard Thiel (Diepholz), Schatzmeisterin bleibt Anke Fink-Heinemann (Oldenburg). Um die vier

Beisitzerposten gab es eine Kampfabstimmung, aus der Dr. Alexander Börger (Braunschweig), Cord Wilhelm Kiel (Hameln), Marcus Oberstedt (Osterholz) und Melanie Thiem (Schaumburg) als neue Vorstandsmitglieder hervorgingen.

Ehrung für „Adje“ Schröder

Eine besondere Ehre wurde Adolf Schröder, Vorsitzender der Europa-Union/Europäische Föderalisten Oldenburg, zuteil. Der Landesvorstand ernannte ihn zum Ehrenmitglied dieses Gremiums. Schröder hatte nach 14 Jahren nicht erneut für ein Vorstandsamt kandidiert. Adolf Schröder übernahm 1994 den Vorsitz des Kreisverbandes Oldenburg der Europa-Union. Von 2001 bis 2007 war Schröder zunächst Beisitzer im Landesvorstand, von 2007 bis 2015 stellvertretender Landesvorsitzender. „Adolf Schröder hat maßgeblichen Anteil daran, dass sich die inhaltliche Arbeit im Landesverbandes vertieft hat“, betonte Landesvorsitzender Wolfgang Zapfe. Dazu gehörte neben dem Engagement für die europapolitische Fortbildung die Einrichtung einer Parlamentariergruppe im Niedersächsischen Landtag. „Er hat mit viel persönlichem Einsatz große Überzeugungsarbeit für die europäische Einigungsidee geleistet“, würdigte Zapfe das neue Ehrenmitglied des Landesvorstandes.

Verantwortlich: Cord Wilhelm Kiel

Berlin

Flüchtlingspolitik im Fokus

Am 15. Oktober folgten rund 200 interessierte Berliner der gemeinsamen Einladung von Europa-Union Berlin (EUB) und Berliner Senatskanzlei ins Rote Rathaus. In der Reihe „Europa ist hier! – Zu Gast im Berliner Rathaus“ stand in diesem Jahr die aktuelle Flüchtlingskrise auf der Agenda.

Zum Thema „Zufluchtsort Europa – Standpunkte und Perspektiven der EU-Flüchtlingspolitik“ diskutierten die zahlreichen Besucher mit politischen Vertretern aus Land, Bund und Europa auf dem Podium: Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann MdEP (SPD), Manuel Sarrazin MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Hildegard Bentele MdA (CDU), Carsten Schatz MdA (Die Linke) sowie Fabio Reinhardt MdA (Piraten). Auf dem blauen Sofa berichteten darüber hinaus Dr. Ulrich Karpenstein von der Initiative „Flüchtlingspaten Syrien“ sowie der aus Syrien geflohene Majd Absah und Günter Burkhardt,

Geschäftsführer von Pro Asyl, über die aus ihrer Sicht notwendigen Maßnahmen, um den Bedürfnissen der Flüchtlinge gerecht zu werden. Jacek Lepiarz, polnischer Journalist der Nachrichtenagentur PAP, erweiterte die Diskussion um die polnische Debatte, die im Licht der polnischen Parlamentswahlen besonders hitzig geführt wurde.

„Europa ist hier! – Zu Gast im Berliner Rathaus“ ist eine Veranstaltungsreihe der EUB und der Senatskanzlei Berlin, die jährlich im Herbst im Roten Rathaus stattfindet.

Europa-Union Berlin zu Gast in Paris

Im Oktober fand in der französischen Hauptstadt das Eurocapitales Treffen 2015 statt. Anne Freidank hat die Europa-Union Berlin in Paris vertreten und sich mit Aktiven aus London, Helsinki, Madrid, Luxemburg, Paris, Brüssel und Zürich ausgetauscht. Im Zentrum der Diskussionen stand vor allem das transatlantische Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU (TTIP).

Im Rahmen der Konferenz fand im Theater Neuilly eine Diskussion mit den französischen Europaabgeordneten Pascal Durand (Grüne/EFA), Constance Le Grip (EVP), Pervenche Bérès (S&D), Patrick Le Hyaric (KVEL/NGL) und Jean-Marie Cavada (ALDE) statt. Über drei Stunden standen aktuelle europapolitische Fragen auf der Agenda. Vor allem über die Zukunft der Europäischen Union und den Umgang der EU mit Flüchtlingen wurde diskutiert. Der Samstagnachmittag stand ganz im Zeichen von TTIP. Vertreter von EU-Kommission, französischer Regierung und verschiedenen NGOs gaben ihre Einschätzungen über die Vor- und Nachteile des geplanten Abkommens ab. Vertreter der Partnerorganisationen aus Finnland, dem Vereinigten Königreich, der Schweiz, Spanien, Luxemburg gaben einen Einblick in die nationalen Debatten um TTIP. Anne Freidank berichtete für die EUB über die kontroverse Debatte in Deutschland und wies auf die erfolgreiche Veranstaltungsreihe der Europa-Union Deutschland zu TTIP hin, die zur Information und öffentlichen Diskussion zum Thema beitrage.

Verantwortlich: Anne Freidank

Bremen

Europawahlen sollen europäischer werden!

Wenn wir darüber sprechen, wie es mit der europäischen Integration wieder vorangehen kann und muss, stehen Parlament und Demokratie immer ganz oben. Ein zentraler Punkt ist dabei die „Europäisierung“ des Wahlrechts zum Europäischen Parlament, die Einigung auf gemeinsame Grundsätze.

Nachdem ein erster Versuch in den vergangenen Jahren gescheitert war, hat das EP einen neuen Anlauf gestartet, sein Recht auf eine Gesetzesinitiative in diesem Bereich auszuüben. Am 5. November berichtete Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann MdEP im EuropaPunktBremen über den Reformvorschlag des EP-Verfassungsaus-

schusses. Die Kernpunkte: Die Zugehörigkeit der Kandidaten zu den europäischen Parteienfamilien soll sichtbarer werden, die Fristen für die Aufstellung der Listen einheitlich werden; die Wahllokale sollen zu einem gemeinsamen Zeitpunkt schließen. Alle Staaten sollen eine Mindesthürde von drei bis fünf Prozent einführen und die Geschlechtergerechtigkeit durch die Verwendung von Reißverschlussverfahren o.ä. erhöht werden. Die Abgabe von zwei Stimmen (durch doppelte Staatsangehörigkeit) soll durch organisatorische Maßnahmen verhindert werden. Der Ausschuss hat sich außerdem auf Empfehlungen für die Zukunft geeinigt, u.a. auf die Festlegung des aktiven Wahlalters ab 16 Jahre.

In der anschließenden Diskussion wies die Bürochefin des Landeswahlleiters Dr. Evelyn Temme auf die praktischen Probleme der Neuregelung hin, die sich auf die Wahlbeteiligung der EU-Bürger negativ auswirken könnten. Ganz andere Probleme würden sich auch ergeben, wenn (wie ver-

mutlich in Bremen 2019) Landtagswahl und EP-Wahl an einem Tag zusammen stattfinden und dann unterschiedliche Regelungen gelten. Tim Weber von „Mehr Demokratie“ stellte die Notwendigkeit einer Mindesthürde in Frage, da auch jetzt die Handlungsfähigkeit des EP ja nicht gefährdet sei. Kaufmann widersprach dem mit dem Hinweis auf die zunehmenden Zentrifugalkräfte auch innerhalb der Fraktionen und im EP insgesamt.

Schon im Kreis dieser Veranstaltung zeigte sich, dass das Wahlrecht zu den starken Traditionen einer politischen Kultur gehört, an denen die Menschen auch emotional hängen. Auch deshalb gab es viele kontroverse Punkte. Aber einig waren sich die Teilnehmer am Ende doch in dem Wunsch, dass dieser Anlauf des EP Erfolg haben sollte, damit die Wahl zum EP in naher Zukunft nicht mehr „28 nationale Wahlen“ sind, sondern eine als gemeinsam empfundene Wahl der Bürgerinnen und Bürger der Union.

Verantwortlich: Dr. Hermann Kuhn

Terminvorschau 2016

21. Januar, Saarbrücken: „TTIP: Wir müssen reden“, Bürgerdialog
15. März, Erfurt: „Europas Grenzen: Wir müssen reden“,
Start der neuen Bürgerdialogreihe
der Europa-Union Deutschland
11. April, Berlin: „Europas Zukunft: Aufbruch oder Abbruch?“,
24. Europäischer Abend
- 16./17. April, Dresden: 61. Bundeskongress der Europa-Union Deutschland
4. Mai, Augsburg: „Europas Grenzen: Wir müssen reden“, Bürgerdialog
- 4.-8. Mai, Berlin: „Europa in der Bewährungsprobe – oder vor dem Zusammenbruch?“
Seminar am Himmelfahrtswochenende
in Kooperation mit der Europäischen Akademie Berlin
- 10.-12. Juni, Straßburg: Kongress der Union Europäischer Föderalisten
- 16./17. Juli: EUD/JEF-Akademie
24. September, Berlin: Gemeinsamer Bundesausschuss von EUD/JEF
10. Oktober, Berlin: 25. Europäischer Abend
8. Dezember, Berlin: Zentrale Festveranstaltung „70 Jahre Europa-Union Deutschland“
9. Dezember, Syke: Jubiläumsfeier zum 70. Jahrestag am Gründungsort
der Europa-Union

Informationen zu den Veranstaltungen des Bundesverbandes sind erhältlich bei der Bundesgeschäftsstelle: Tel. (030) 3 03 62 01 30, info@europa-union.de
Verfolgen Sie auch unsere aktuellen Ankündigungen auf der Webseite www.europa-union.de, unter www.europatermine.de und auf www.facebook.com/EuropaUnionDeutschland.

Wichtiger Hinweis für alle Leserinnen und Leser

Bezieher unserer Mitgliederzeitschrift, die mit einer elektronischen Adresse in unserem Verteiler erfasst sind, erhalten „Europa aktiv“ ab Ausgabe 1-2016 im digitalen Format. Wünschen Sie weiter wie bisher die Zustellung der Printausgabe, melden Sie dies bitte der Bundesgeschäftsstelle unter Angabe Ihres Vor- und Nachnamens sowie Ihrer Anschrift und Ihres EUD-Landesverbandes.

Ihre Ansprechpartnerin: Janine Topaloglu (janine.topaloglu@europa-union.de), Tel.: (030) 3 03 62 01 34



Impressum

5/2015

**EUROPA AKTIV –
Aktuelles aus Politik und Verbandsleben**

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 3 03 62 01 30, Fax: (030) 3 03 62 01 39
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Heinz-Wilhelm Schaumann (v. i. S. d. P.)
Birgit Kößling

Redaktionsanschrift:

Hardtbergstraße 23a, 53507 Dernau/Ahr
Tel.: (026 43) 90 16 04, Fax: (026 43) 90 25 52
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22.12.2015
Annahmeschluss für die Ausgabe 1/2016: 10.01.2016
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!

Layout & Satz:

Pegasos-Publikationen,
Hauptstr. 36, 53567 Buchholz/Ww.
Tel. und Fax: (026 83) 94 39 08
Mobil: (01 71) 5 07 69 32
E-Mail: info@pegasos-publikationen.de

Druck:

GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,
Koblenz/Neuwied
Internet: <http://www.goerres-druckerei.de>